

A4 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende
2 Wetterextreme haben
3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und
4 Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft
5 Einschnitte
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die
7 Existenzgrundlage
8 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen
9 gestiegene
10 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

11 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich
12 ist, wenn
13 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

14 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und
15 Zusammenhalt. Europa
16 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von
17 Millionen von
18 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die
19 Menschen in
20 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat
21 verlassen können,
22 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

23 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
24 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU
25 kann
26 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten
27 Wohlstand
28 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn
29 erarbeiten.

30 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für
31 klimaneutrales
32 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs
33 für
34 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in
35 Hand und
36 bedingen einander.

37 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den
38 Schutz jeder
39 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die
40 Rechte der
41 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den
42 Anspruch der
43 Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger
44 Gesundheitsversorgung.

45 Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es
46 trägt dazu bei,
47 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

48 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale
49 Union, die
50 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben
51 in Würde und
52 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und
53 einem Auskommen
54 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
55 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst
57 wird. Dafür
58 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die
59 Bedingungen dafür
60 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der
61 Union leben
62 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

63 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne
64 und starke
65 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle
66 in der EU,
67 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale
68 Infrastruktur die
69 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine
70 Infrastrukturunion für
71 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
72 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung
73 wirksam vor.

74 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt
75 und vor Ort
76 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität
77 sprechen, dann
78 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen
79 Sozialmodells,
80 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und
81 materielle
82 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als
83 die
84 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der
85 demografische
86 Wandel die Arbeitswelt verändern.

87 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales
88 Europa
89 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten
90 sozialen Politik.
91 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen
92 rechtsverbindliche

93 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der
94 Sozialstaat
95 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf
96 soziale
97 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

98 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,
99 das
100 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das
101 gerechte Europa
102 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum
103 Mailand, in der
104 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair
105 bezahlter
106 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

107 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
108 bekämpft
109 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
110 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den
111 Generationen, Familien
112 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU
113 angelegt. Für
114 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

115 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

116 Faire Löhne erreichen

117 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
118 Mitsprache
119 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer
120 von seiner
121 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann
122 sich auch bei
123 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute
124 Standards in ganz
125 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine
126 starke
127 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige
128 Grundlagen für
129 gute Arbeit.

130 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie
131 schützt Wert
132 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte
133 in Europa
134 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf
135 unsere
136 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht
137 hat. Die

138 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach
139 klaren
140 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir
141 wollen, dass
142 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der
143 gesetzliche
144 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für
145 Beschäftigte
146 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich
147 gestärkt werden:
148 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80
149 Prozent müssen
150 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und
151 damit
152 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die
153 Reichweite von
154 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
155 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein
156 wirksames
157 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit
158 sich immer
159 lohnt.

160 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
161 ausbauen, indem
162 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an
163 der Seite der
164 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den
165 Europäischen
166 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die
167 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für
168 Europäische
169 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-
170 Unternehmen in
171 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
172 Vertretung von
173 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen
174 Betriebsräten ein.

175 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
176 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von
177 Arbeitnehmer*innen ein, die
178 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen
179 abgestimmt ist.

180 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in
181 einer sich
182 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit
183 ständiger
184 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den
185 Schutz der
186 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

187 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

188 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
189 entstehen

190 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird
191 flexibler,

192 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der
193 digitalen

194 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte
195 von

196 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

197 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale
198 Dienste anbieten

199 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt,
200 dass 4

201 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen
202 Gesetzgebung zu

203 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,
204 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu

205 unzureichender

206 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht
207 zudem bessere

208 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem

209 Arbeitsinspektionen

210 stärken.

211 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
212 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch

213 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische

214 Management. Die

215 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und
216 der

217 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir
218 beenden. Um

219 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen
220 wir uns für

221 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

222 Freizügigkeit einfacher machen

223 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
224 Grundprinzip

225 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU.

226 Damit das

227 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere

228 Koordinierung

229 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

230 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU

231 Sozialversicherungsansprüche, die

232 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können

233 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein:
234 Die
235 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen
236 die
237 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir
238 wollen
239 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,
240 um soziale
241 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können
242 und die
243 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

244 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit
245 chronischen
246 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein
247 Europäischer
248 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die
249 Übertragbarkeit von
250 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung
251 entbürokratisieren.
252 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
253 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu
254 verhindern und einen
255 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

256 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele
257 Beschäftigte zum Alltag
258 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir
259 wollen, dass
260 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern
261 prinzipiell
262 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb
263 setzen wir uns
264 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-
265 weit im
266 Homeoffice zu arbeiten.

267 Ausbeutung bekämpfen

268 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus
269 ein
270 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus
271 Österreich in
272 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:
273 Unionsbürger*innen und
274 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und
275 Ausbeutung,
276 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

277 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-
278 Fernfahrer*innen, bei
279 Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen

280 Formen der
281 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende
282 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
283 Schulungen in
284 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern
285 sollten. Auch
286 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der
287 Europäischen
288 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für
289 gemeinsame
290 koordinierte Inspektionen erhalten.

291 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
292 Subunternehmen zu
293 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich
294 verankern. Immer
295 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in
296 überfüllten
297 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete,
298 die direkt
299 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung
300 wollen wir
301 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

302 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich
303 Betroffene einfach
304 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren
305 Durchsetzung
306 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche
307 Finanzierung für die
308 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und
309 Unterstützungsstrukturen
310 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle
311 Partnerinnen in der
312 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
313 Zahlungen im
314 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von
315 Arbeitsnormen in der
316 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität
317 muss nun
318 effektiv umgesetzt werden.

319 Kinderarmut abbauen

320 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
321 entspricht
322 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur
323 nur sehr
324 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen
325 Mangel im
326 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und
327 erfolgreiches

328 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können.
329 Dazu
330 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut
331 ausgebauten
332 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die
333 Bundesregierung
334 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen
335 Kinderarmut auf
336 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht
337 mehr versteckt
338 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder
339 abgesichert
340 sind.

341 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der
342 Europäischen
343 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder
344 aus
345 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang
346 zu Bildung
347 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung
348 der
349 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

350 Soziale Mindeststandards verankern

351 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
352 Hohe
353 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell
354 verschärft.
355 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen
356 können, die
357 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer
358 verbindliche
359 Mindeststandards.

360 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
361 Mindestsicherungssysteme zu
362 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten
363 Standards mit
364 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden.
365 In diesem
366 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem
367 jeweiligen
368 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit
369 fördern und
370 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind
371 für einen
372 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

373 Soziale Sicherung krisenfest machen

374 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
375 gegen
376 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale
377 Lehre aus den
378 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen
379 krisenfest
380 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen
381 ermöglichen.
382 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten
383 aber
384 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze
385 EU. Mit dem
386 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der
387 Coronapandemie
388 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den
389 Einsatz von
390 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten
391 allein im Jahr
392 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf
393 dieser
394 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die
395 Mitgliedstaaten ein
396 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen
397 Arbeitslosenversicherungen – und
398 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen
399 Ausnahmesituationen
400 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

401 Wohnen bezahlbar machen

402 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
403 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,
404 ist für alle
405 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende
406 Mieten und ein
407 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte
408 der
409 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr
410 bezahlbaren
411 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit
412 im
413 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts
414 Immobilien- und
415 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den
416 Prüfstand
417 stellen, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu
418 schützen.

419 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
420 extremsten
421 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis
422 2030 zu
423 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins
424 Leben gerufen.
425 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie
426 voneinander
427 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner
428 wollen wir
429 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen
430 Fördermittel
431 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

432 2. Starke Regionen

433 Kommunen stärken

434 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen
435 und Kommunen.
436 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen.
437 Starke Kommunen
438 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der
439 kommunalen
440 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip
441 – also
442 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein
443 Europa, das
444 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

445 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken
446 soll, wo
447 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben
448 der
449 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und
450 das Ehrenamt
451 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens
452 und mit einer
453 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
454 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf
455 nicht dazu
456 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es
457 braucht
458 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische
459 Kriterien in den
460 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die
461 Rechtssicherheit
462 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu
463 entscheiden. So können
464 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem

465 wir in der
466 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir
467 für neue
468 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen
469 Gestaltungsspielräume
470 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

471 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine
472 existenzielle
473 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der
474 Bürgerinitiative
475 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit
476 Trinkwasser
477 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein
478 marktwirtschaftlichen
479 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der
480 Wasserversorgung aus der
481 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

482 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
483 Zivilgesellschaft
484 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb
485 wollen wir
486 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
487 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie
488 die
489 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden
490 regionalen
491 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie
492 wollen wir
493 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
494 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
495 grenzüberschreitenden
496 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit
497 der
498 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am
499 Alltag der
500 Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

501 Zusammenhalt vor Ort fördern

502 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:
503 in den
504 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente
505 Förderpolitik in der EU
506 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels
507 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der
508 Regionen in
509 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in
510 seiner
511 Größe an den Herausforderungen orientieren.

512 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese
513 Herausforderungen
514 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen
515 Mitgliedstaaten.
516 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei
517 der
518 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.
519 Strukturschwache und
520 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
521 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den
522 Mittelpunkt stellen,
523 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

524 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
525 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
526 Menschen und
527 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss
528 die EU-
529 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor
530 Ort und
531 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

532 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
533 Effizienz und
534 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die
535 Fördermittel an
536 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische
537 Sozialfonds
538 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns
539 zahlreiche
540 Gründer*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter
541 gebildet. Wir
542 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive
543 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns
544 dafür ein, dass
545 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern
546 für eine
547 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten
548 Arbeits- und
549 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen
550 wahrzunehmen,
551 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum
552 Standortvorteil.

553 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu
554 entwickeln. Die
555 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der
556 Anträge und
557 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns
558 dafür
559 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu
560 erleichtern.
561 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die

562 nötige
563 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um
564 bürokratische Hürden
565 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen
566 einführen und
567 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der
568 Vorfinanzierung befreien.
569 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

570 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
571 Zivilgesellschaft
572 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft
573 gegenseitiges
574 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
575 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche
576 Beratungen
577 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten
578 sein. So
579 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

580 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

581 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet
582 erheblich über
583 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen
584 Räume näher
585 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell
586 gestärkte Kommunen
587 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel.
588 Alle
589 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie
590 eine
591 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und
592 austauschen können.
593 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und
594 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir
595 Förderansätze
596 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

597 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche
598 Wertschöpfung
599 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent
600 Mehrfachnutzen
601 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-
602 Photovoltaik oder
603 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der
604 Erneuerbaren und
605 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den
606 gezielten Einsatz
607 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren.
608 Wir setzen uns
609 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die

610 Entwicklung des
611 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

612 Vergaberecht modernisieren

613 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung
614 des Green
615 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine
616 sichere Zukunft,
617 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen
618 Kriterien
619 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für
620 eine
621 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile
622 europäische
623 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am
624 Menschen
625 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die
626 europäische
627 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen
628 Arbeitsmarkt: Es
629 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs
630 werden. Ein
631 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz
632 Europa.

633 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel
634 wollen wir
635 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten
636 in der EU
637 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches
638 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

639 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und
640 unkomplizierte Verfahren
641 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die
642 Vergabe
643 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare
644 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine
645 aktive
646 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf
647 die
648 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe
649 öffentlicher
650 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

651 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

652 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

653 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

654 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen
655 für unsere
656 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir
657 ihnen
658 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
659 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch
660 langjährige
661 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
662 zustande gekommen
663 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von
664 Schutzausrüstungen und
665 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei
666 Grenzsicherungen
667 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische
668 Notsituationen
669 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention
670 und die
671 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und
672 zwischen den
673 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu
674 bewältigen.

675 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
676 Krisenvorsorge zu
677 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene
678 zusammenarbeiten. Die EU
679 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu
680 ergänzen. Sie
681 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene
682 setzen wir uns
683 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale
684 Gesundheitsinitiativen
685 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu
686 bezahlbaren
687 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn
688 Gesundheitskrisen
689 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem
690 Eigeninteresse, denn
691 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven
692 Technologie- und
693 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein.
694 Monopole auf
695 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu
696 überlebenswichtigen
697 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht
698 verhindern.

699 Lehren aus der Pandemie ziehen

700 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
701 Zeichen der

702 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den
703 Folgen von
704 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen
705 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die
706 notwendige
707 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb
708 wollen wir
709 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder
710 sowie zu
711 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,
712 beispielsweise
713 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

714 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
715 sogenannten
716 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.
717 Damit
718 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit
719 nicht isoliert
720 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
721 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere
722 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen
723 Zoonosen; weniger
724 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen;
725 saubere Luft
726 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

727 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

728 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
729 konfliktreich
730 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen
731 sind. Diese
732 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei
733 vielen jungen
734 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur
735 körperlichen wird der
736 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige
737 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa
738 ändern. Wir
739 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch
740 dafür, die
741 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
742 besser zu
743 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und
744 wollen zusammen
745 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen
746 für mentale
747 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen
748 angehen. Darum
749 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit

750 übergreifend in
751 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
752 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser
753 Hinsicht die
754 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine
755 möglichst
756 rasche und umfassende Umsetzung ein.

757 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die
758 Betroffenen häufig
759 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen.
760 Die Pandemie
761 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen
762 uns mit
763 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und
764 Integration ein.

765 Arzneimittelversorgung sicherstellen

766 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
767 alternde
768 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
769 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und
770 ihren
771 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit
772 häufig auch eine
773 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in
774 Kauf nimmt.

775 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat
776 die EU-
777 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir
778 begrüßen die
779 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und
780 nachhaltiger zu machen
781 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser
782 vorzubeugen und diese
783 früher zu melden.

784 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln
785 und zu
786 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei
787 setzen wir zwei
788 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit
789 unentbehrlich sind,
790 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig
791 verfügbar
792 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die
793 es bislang
794 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die
795 Anreize für
796 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen

797 zugleich aber nicht
798 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt
799 von
800 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für
801 geschlechterspezifische
802 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung
803 zwischen Frauen
804 und Männern besser berücksichtigt werden.

805 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.
806 Der Mangel an
807 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu
808 immensen
809 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung
810 eingesetzt
811 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung
812 sowie die
813 Preisgestaltung einhergehen.

814 Gesundheitsdaten sicher nutzen

815 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die
816 gesundheitliche
817 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser
818 diagnostiziert,
819 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung
820 von
821 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern
822 grenzüberschreitend in
823 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll
824 deshalb europaweit
825 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

826 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen
827 stärken. Eine
828 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen,
829 eine
830 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu
831 den Daten
832 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler
833 Gruppen müssen
834 umfassend berücksichtigt werden.

835
836 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für
837 die
838 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von
839 Notsituationen in der
840 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen
841 Paradigmenwechsel in
842 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu
843 größeren
844 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die

845 Versorgung der
846 Patient*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter
847 Wahrung des
848 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit
849 gehören zu den
850 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

851
852 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine
853 einheitliche
854 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine
855 grenzüberschreitende Nutzung
856 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende
857 Nutzung von
858 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen
859 durch die
860 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

861 Antibiotikaresistenzen eindämmen

862 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet
863 sein. Daher
864 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.
865 Durch einen
866 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und
867 Verbreitung
868 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten
869 gesundheitlichen
870 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen
871 Immunsystemen wie
872 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu
873 Hunderttausenden
874 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt
875 werden, wo
876 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick
877 nehmen. Wir
878 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und
879 die Forschung
880 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung
881 überprüfen, ob
882 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar
883 sein.

884 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin
885 vorbehalten bleiben
886 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den
887 entsprechenden
888 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen
889 Produkten
890 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch
891 Maßnahmen für
892 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von

893 Antibiotikarückständen in
894 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und
895 wirksamer
896 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

897 Der Pflege den Rücken stärken

898 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
899 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
900 fördern. Der
901 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch
902 hier in
903 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die
904 berufliche
905 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die
906 Arbeitsbedingungen des
907 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
908 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen
909 innerhalb der EU
910 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für
911 wettbewerbsfähige
912 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
913 Branchen ein.
914 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und
915 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in
916 Forschungs-
917 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung
918 der
919 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten
920 wollen wir
921 fördern.

922 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,
923 fordern wir
924 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz
925 bei der
926 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten
927 Haushalten
928 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

929 Cannabis europaweit legalisieren

930 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und
931 zeitgemäßen
932 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine
933 zeitgemäße
934 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und
935 die
936 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem
937 ersten großen
938 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die

939 Ampelkoalition endlich
940 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf
941 Vernunft
942 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die
943 Konsument*innen in
944 ihrer freien bewussten Entscheidung.

945 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken
946 wir die
947 Verbraucher*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir
948 Prävention und
949 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den
950 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine
951 europaweite
952 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns
953 in Europa
954 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die
955 Produktion,
956 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

957 **4. Bildung und Chancen**

958 Europas Hochschulen besser vernetzen

959 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie
960 vernetzen,
961 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen
962 Kontinent
963 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen
964 Hochschulen oder
965 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018
966 jetzt bereits
967 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere
968 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke
969 ein.

970 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European
971 Degree). Ein
972 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das
973 binationale,
974 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches
975 Qualitätssiegel
976 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen
977 schafft.

978 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche
979 in Museen,
980 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue
981 Horizonte. Viele
982 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für
983 Studierende aus

984 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
985 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card
986 (ESC) und dem
987 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für
988 einen
989 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
990 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten
991 und
992 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

993 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

994 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,
995 eröffnet viele
996 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben
997 wir mit
998 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der
999 EU
1000 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus
1001 einem Land in
1002 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und
1003 Absolvent*innen
1004 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur
1005 durchlaufen.
1006 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die
1007 Anerkennung
1008 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse
1009 einfacher und
1010 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

1011 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
1012 kompliziert,
1013 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders
1014 kontraproduktiv. Für
1015 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis
1016 (EBA) in ihrem
1017 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich
1018 die
1019 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen
1020 lassen zu
1021 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich
1022 erweitern.

1023 Politische Bildung gegen Desinformation

1024 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
1025 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre
1026 Mittel:
1027 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und
1028 versuchen,
1029 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre

1030 Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und
1031 europäisch
1032 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für
1033 politische
1034 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die
1035 europäische
1036 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche
1037 und junge
1038 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
1039 Verfügung
1040 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

1041 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
1042 zielgruppengerecht
1043 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in
1044 Zeiten von
1045 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und
1046 Aufklärung auch
1047 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und
1048 nach klaren
1049 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir
1050 unsere
1051 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

1052 Mit Erasmus Europa kennenlernen

1053 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der
1054 EU. Über
1055 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und
1056 berufliche
1057 Austausch ermöglicht.

1058 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr
1059 Menschen
1060 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für
1061 Urlaub oder
1062 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause
1063 ins Ausland
1064 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie
1065 leisten zu
1066 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-
1067 Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr
1068 kostenlos nach
1069 Hause und zurück zu fahren.

1070 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
1071 Erfahrung
1072 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie
1073 Informationen
1074 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden,
1075 wie Menschen
1076 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

1077 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das
1078 Programm
1079 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele
1080 Möglichkeiten,
1081 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit
1082 besseren
1083 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen
1084 wir
1085 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

1086 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die
1087 Jugendarbeit. Mit Blick
1088 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür
1089 einsetzen,
1090 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

1091 5. Europas Jugend

1092 Jugend beteiligen

1093 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis
1094 füreinander. Um dies
1095 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine
1096 außerordentliche
1097 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen
1098 und europaweit
1099 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für
1100 die
1101 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In
1102 unserer
1103 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
1104 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden
1105 scheitert.
1106 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung
1107 über
1108 Erasmus+ aus.

1109 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst
1110 zu Wort
1111 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind
1112 derzeit im
1113 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in
1114 Deutschland
1115 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen
1116 uns dafür
1117 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen
1118 Wirklichkeit
1119 wird.

1120 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa
1121 strukturell weiter

1122 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal
1123 für die
1124 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene
1125 geschaffen, dieser
1126 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die
1127 Ergebnisse
1128 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission
1129 einfließen
1130 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im
1131 Europäischen
1132 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem
1133 die
1134 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen.
1135 In der EU-
1136 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir
1137 wollen
1138 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen
1139 junger
1140 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
1141 dass die
1142 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

1143 Freiwilligendienste ausbauen

1144 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
1145 Zivilgesellschaft
1146 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen
1147 Europäer*innen ist
1148 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der
1149 Demokratieförderung,
1150 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

1151 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst
1152 schaffen, gerade
1153 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen
1154 wir bessere
1155 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder
1156 leisten
1157 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch
1158 Vereine, Verbände
1159 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie
1160 schaffen Orte der
1161 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

1162 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
1163 Erfahrungen,
1164 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen:
1165 Viele von
1166 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit
1167 einem
1168 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen
1169 überall in

1170 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft
1171 mitarbeiten können.

1172 Europa entdecken

1173 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal
1174 im Jahr
1175 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann
1176 in einem
1177 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.
1178 Gemeinsam mit
1179 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie
1180 vielfältig
1181 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es
1182 zukünftig noch
1183 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame
1184 Erlebnisse zu
1185 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen
1186 Menschen aus
1187 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,
1188 dass Gruppen
1189 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

1190 **6. Verbraucherschutz**

1191 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

1192 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
1193 Bürger*innen.

1194 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen
1195 Binnenmarkt

1196 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert
1197 Konsum,

1198 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur
1199 Vorreiterin:

1200 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne
1201 Infrastruktur oder

1202 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

1203 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
1204 Endgeräte,

1205 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische
1206 Standard

1207 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und
1208 erleichtert

1209 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum
1210 digitaler

1211 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
1212 Ladetechnologien mit einschließen.

1213 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
1214 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
1215 bessere
1216 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass
1217 relevante
1218 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

1219 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
1220 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und
1221 Reparaturanleitungen. Ein
1222 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine
1223 Neuanschaffung
1224 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen
1225 verlängert sich mit
1226 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare
1227 Produkte die
1228 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten.

1229 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
1230 Selbstverständlichkeit.

1231 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen
1232 Gebrauchsgegenständen
1233 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände
1234 gesundheitsschädlicher Halb-
1235 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um
1236 Sicherheit
1237 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und
1238 schaffen ein
1239 Register für Nanopartikel.

1240 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
1241 Verbraucher*innen
1242 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander
1243 abgestimmten
1244 Mechanismen von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen
1245 Stromerzeugung
1246 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die einfache
1247 Integration von
1248 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1249 Fahrgastrechte garantieren

1250 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher
1251 nutzbar sein.

1252 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden
1253 – ganz
1254 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites
1255 einheitliches
1256 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den
1257 Planungsaufwand
1258 erheblich senkt.

1259

1260 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
1261 Entschädigung für
1262 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75
1263 Prozent nach
1264 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

1265 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
1266 ankommen.
1267 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im
1268 Verbraucherschutz bei
1269 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch
1270 der
1271 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von
1272 Flugreisen.
1273 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in
1274 die Verordnung
1275 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur
1276 Information der
1277 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den
1278 Anspruch der
1279 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

1280 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die
1281 Regelungen zur
1282 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für
1283 eine
1284 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente
1285 Preisgestaltung für
1286 alle Gepäckvarianten ein.

1287 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass
1288 alle
1289 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1290 Vor Kostenfallen schützen

1291 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine
1292 erhebliche
1293 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung
1294 sein.
1295 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge
1296 zu kündigen,
1297 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der
1298 Kündigung. Die
1299 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur
1300 Kostenfalle.
1301 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir
1302 einen leicht
1303 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
1304 sorgen so für
1305 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird
1306 die

1307 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die
1308 Beweislast
1309 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist
1310 diese nicht
1311 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen:
1312 Verträge sollen
1313 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.
1314 Wir setzen
1315 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben
1316 Kund*innen so
1317 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.